

# »Die Grenzen zwischen innerer und äußerer Gefahr verwischen«

Mit Panzern und Handyverboten gegen islamistische Attentäter? Der Islam- und Politikwissenschaftler Guido Steinberg über die terroristische Bedrohung für Deutschland und die Debatte um eine angemessene Sicherheitspolitik.

Das Interview führte Falk Ziehe.

*schrägstrich: In den vergangenen Monaten hat es eine lebhaftige Debatte über die Terrorgefahr in Deutschland und mögliche Maßnahmen dagegen gegeben. Wie groß ist die Gefahr eines Terroranschlags in der Bundesrepublik?*

**Guido Steinberg:** Die Gefahr ist sehr groß. Ein Beispiel ist der geplante Anschlag der Kofferbomber vom Juli 2006, der zwar gescheitert ist, aber zeigt, dass Anschläge, wie sie es in London oder Madrid gegeben hat, auch hier jederzeit geschehen können. In den letzten Jahren ist die Gefahr sogar gewachsen.

*schrägstrich: Woran lässt sich das messen?*

**Steinberg:** Ich denke, dass wir 2003 bis 2005 tatsächlich davon profitiert haben, dass sich der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder so deutlich gegen die Politik der USA im Irak gestellt hat. Dieser Bonus ist aber, glaube ich, weitgehend aufgebraucht. Und das vor allem deshalb, weil in islamistischen Kreisen die Aufmerksamkeit für die Präsenz europäischer Truppen in Afghanistan zunimmt.

*»Das Hauptproblem ist der Föderalismus der Sicherheitsstruktur.«*

Dies wirkt auch über die Region hinaus radikalierend. Beispiel dafür ist das Video vom März 2007, in dem wahrscheinlich in Österreich oder Deutschland lebende junge Islamisten von der Global Islamic Media Front deutsche Truppen zum Abzug aus Afghanistan auffordern. Solche Forderungen sind in den letzten Monaten vermeintlich geäußert worden.

*schrägstrich: Anders als etwa Großbritannien und Spanien sind wir aber - abgesehen von den gescheiterten Anschlägen mit den Kofferbomben - bisher verschont geblieben. Wieso?*

**Steinberg:** Wichtigster Punkt ist hierbei wirklich, dass Deutschland keine Truppen im Irak gestellt hat. Andere Aspekte wie die deutsche Präsenz in Afghanistan, am Horn von Afrika oder jetzt auch im Libanon standen demgegenüber als motivierende Faktoren für einige Zeit zurück. Allerdings sollte man neben dem gescheiterten Kofferbombenanschlag auch nicht vergessen, dass es in Deutschland in den letzten Jahren einige Vorbereitungen für Anschläge in Deutschland gegeben hat. Darüber hinaus war Deutschland

Foto: Stiftung Wissenschaft und Politik

Planungsraum für die Attentäter vom 11. September. Die Erfahrung hat gezeigt, dass immer dann, wenn in einem solchen Planungs- oder Rückzugsland die Maßnahmen gegen islamistische Terroristen verschärft wurden, dieses jeweilige Land dann auch vermehrt in den Fokus der Terroristen geriet. Wo Zellen ausgehoben werden und wo Propaganda betrieben wird ist auch die Gefahr von Anschlägen gegeben.

*schrägstrich: Derzeit gibt es eine Reihe von Vorschlägen, wie die innere Sicherheit in Deutschland erhöht werden kann: von der Online-Durchsuchung von Computern über die Nutzung von Mautdaten zur Terrorfahndung bis zum Handyverbot für so genannte Gefährder. Sind diese Vorschläge geeignet, die Terrorgefahr zu bannen?*

**Steinberg:** Der vermutlich wichtigste Schritt ist bereits unternommen worden: Die Einrichtung des Gemeinsamen Terrorabwehrzentrums der Sicherheitsbehörden des Bundes in Berlin. Denn das Hauptproblem in der deutschen Terrorisusbekämpfung ist der Föderalismus der Sicherheitsstruktur. Dagegen sind die Maßnahmen, die jetzt diskutiert werden, von minderer Bedeutung.

*schrägstrich: Was halten Sie denn etwa von Online-Durchsuchungen?*

**Steinberg:** Online-Durchsuchungen sind eine sinnvolle Forderung. Das Internet hat für die Verbreitung der islamistischen Propaganda und möglicherweise auch für die Planung von Terroranschlägen in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen. Deshalb muss man gegebenenfalls auch die Möglichkeit haben, auf den jeweiligen Computer eines solchen Propagandisten zuzugreifen zu können - natürlich unter strengen Auflagen.

*»Ich halte es für falsch, den Schwerpunkt auf technische Überwachungsmaßnahmen zu legen.«*

Allerdings ist dies nur ein Teilaspekt eines umfassenderen Problems. Ich halte es für falsch, den Schwerpunkt auf technische Überwachungsmaßnahmen zu legen. Das hat das Beispiel USA gezeigt: Die Behörden dort hatten sich lange Zeit auf die Technik verlassen, etwa das Abhören von Telefonaten oder das Abfangen von E-Mails. Gleichzeitig hatten sie sich nicht mehr bemüht, Quellen in der Umgebung von gefährlichen Terroristen zu platzieren, um damit aus erster Hand Informationen zu bekommen. Und das hat Fehler erwiesen und ist danach auch von US-Regierung und Kongress selbst als schwerer Fehler erkannt worden.

Das ist das ungelöste Problem bei der Bekämpfung des islamistischen Terrorismus: Wir wissen noch nicht, wie wir uns mit den klassischen nachrichtendienstlichen und polizeilichen Methoden terroristischen Netzwerken nähern, das heißt, wie wir Verbindungsleute in solche Netzwerke einschleusen, wie wir konkrete Informationen über Radikalisierungsprozesse in muslimischen

Gemeinden hier in Europa gewinnen können. Man hätte die Kofferbomber durchaus aufspüren können, wenn man denn die entsprechenden Kontakte in ihrer Umgebung in Kiel gehabt hätte. Wenn westliche Sicherheitsbehörden in diesem Bereich nicht effektiver werden, sind wir terroristischen Angriffen weitgehend schutzlos ausgeliefert.

*schrägstrich: Kann denn mehr Überwachung überhaupt mehr Sicherheit bringen?*

**Steinberg:** Bei vielen der Vorschläge, die derzeit diskutiert werden, bin ich eher skeptisch. Ich halte es etwa für sehr fragwürdig, ob man mehr Videoüberwachung von öffentlichen Plätzen braucht. Damit verhindert man keine Anschläge, sondern kann höchstens hinterher schneller Erkenntnisse gewinnen. Ein Handy- und Internetverbot für Gefährder ist ebenso wenig sinnvoll. Bei Gefährdern handelt es sich ja um Leute, die in irgendeiner Form auffällig geworden sind.

*»Eine militärische Aufgabe ist die Terrorisusbekämpfung hier in Deutschland ganz sicher nicht.«*

Die Erfahrung der letzten Jahre hat aber gezeigt, dass die Gefahr gerade von Leuten ausgeht, die vorher eben nicht aufgefallen sind. Die Frage muss sein: Wie nähert man sich diesem Phänomen auf Dauer? Das macht man idealerweise über klassische nachrichtendienstliche und polizeiliche Beobachtung und ergänzend durch die Überwachung des Internets, nicht aber durch die Kontrolle von Mautdaten oder Kommunikationsverbote.

*schrägstrich: Kann man eigentlich überhaupt noch zwischen innerer und äußerer Gefahr unterscheiden?*

**Steinberg:** Die Grenzen verwischen zwar, aber die Frage ist, was für Konsequenzen man daraus zieht. Eine Konsequenz ist, dass uns das, was in Afghanistan und dem Irak passiert, sehr viel mehr angeht, als wir das glauben. Meines Erachtens sind aber Schlussfolgerungen, dass die Bundeswehr deshalb auch im Inland eingesetzt werden soll, eher untauglich. Ich halte die Terrorisusbekämpfung primär für eine politische, zweitens für eine nachrichtendienstliche und polizeiliche Aufgabe. Eine militärische Aufgabe ist sie hier in Deutschland ganz sicher nicht.

*schrägstrich: Für seine Vorschläge ist Innenminister Schäuble scharf kritisiert worden. Der Hauptvorwurf: die Maßnahmen sind übertrieben. Verschließen die Kritiker vor der Gefahr die Augen?*

**Steinberg:** Ich glaube, dass das einer der positiven Aspekte dieser ganzen Debatte ist: Dass die Gefährdung der Bundesrepublik doch immer mehr Leuten bewusst wird. Während man 2005 noch sehr häufig hören konnte, dass Deutschland ja vielleicht doch nicht so gefährdet sei, weil es ja eben eine ablehnende Haltung zum Irakkrieg eingenommen hat, gibt es solche Äußerungen heute nicht mehr. Insofern halte ich diese Debatte für heilsam.